

Kommunalaufsicht

Mandelbachtal, 19. Januar 2018

Die Verschwendung von Steuergeldern, Misswirtschaft der Politik - fast täglich sind sie Thema in der Presse. Vorgänge wie jüngst im LSVS (Landessportverband) und die Finanzierung von Neujahrsempfängen über Steuergelder sind schillernde Beispiele für die Auswüchse, wenn Kontrollen und Aufsicht fehlen.

Schon im Junkerheinrich-Gutachten durfte man lesen, dass mit ein Grund für die ebenso hoffnungs- wie hemmungslose Verschuldung der Saarkommunen die **fehlende Kontrolle** eben jener sei. Antworten, der Kommunalaufsicht auf Fragen der Fraktion der Freien Wähler bestätigten diese gutachterliche Feststellung.

Nun steht in der Diskussion, den **Landesrechnungshof** mit der Aufgabe zu betrauen, die Geschehnisse in den Kommunen zu kontrollieren. Als Grund wird die personelle Not der Kommunalaufsicht und deren **Befangenheit** genannt, denn sie ist schließlich dem Innenministerium und am Ende damit einem Parteibuchinhaber unterstellt. Und welche Krähe hackt einer anderen schon ein Auge aus.

Die **FWG-Fraktion** kritisiert die Finanzpolitik der Gemeindeverwaltung nicht erst seit gestern. Sie bildet damit den in einer Demokratie erforderlichen Gegenpol zur **hemmungslosen Ausgabenpolitik** der Parteien im Gemeinderat Mandelbachtal, die sich selber als **führend** und **maßgeblich** einstufen, folgerichtig die Gemeinde **maßgeblich** in den finanzielle Ruin geführt haben.

Eine wesentliche Aufgabe der Gemeindeverwaltung ist die **Haushaltsführung** und die Aufstellung eines **Haushaltsplanes**. Der Gemeinderat muss über ihn beraten und abstimmen. Am Ende prüft die Kommunalaufsicht das Werk. Nun haben diese drei Institutionen in den vergangenen etwa 20 Jahren mit einer offensichtlich **verantwortungsfreien Regelmäßigkeit** mehr Geld ausgegeben als eingenommen.

Wenn also diese drei Institutionen das **betriebswirtschaftliche Kleine Einmaleins** nicht beherrschen, müssen verstärkte und vor allen Dingen unabhängige Kontrollen her. Hier der Rechnungshof - dort eine zahlenmäßig stärkere Fraktion der Freien Wähler im Gemeinderat Mandelbachtal.

Mögliches und Unmögliches

1. Straßenausbaubeiträge und Grundsteuer

Die Grundsteuer ist eine wichtige Einnahmequelle für die Kommunen. Eine Schraube, an der man leicht drehen kann und es in der Vergangenheit kräftig tat. Und ganz besonders kräftig langte die Gemeinde Mandelbachtal zu, die ihren Haushalt damit schönste. Somit ist dieser Umstand nicht eine Leistung der Gemeindeverwaltung sondern ein „Verdienst“ der betroffenen Grundbesitzer.

Nun liegen Grundstücke gemeinhin an Straßen oder Wegen, für deren Bau, Erhalt und Sanierung eben jene Grundbesitzer erneut zur Kasse gebeten werden. Als ob nur der Besitzer die Straße nutzen würde und nicht der Durchgangsverkehr.

Beide Abgaben, die Grundsteuer und die Straßenausbaubeiträge werden von der Kommune festgelegt. So sind die Grundsteuern von Ort zu Ort ebenso verschieden wie die Beiträge zum Ausbau der Straßen. Beide **Gelddruckeinrichtungen** sind jetzt in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt.

Das Bundesverfassungsgericht fasst sich mit der Frage, ob die **Grundsteuer** in der derzeitigen, seit 1964 gültigen Form, noch verfassungskonform ist. Nun hat man die Grundsteuer bekanntlich nur deshalb so drastisch erhöht, weil man faktisch Pleite ist. Sind die Grundbesitzer nun also der Grund für die leere Kasse oder sind sie die Retter der hemmungslosen Steuergeldverschwender?

Haarsträubend wird das Ganze jedoch durch die Aussagen des Bürgermeisters von Mandelbachtal, die Gemeinde sei **unverschuldet überschuldet**. Wenn dem so ist, dann war die letzte Erhöhung der Grundsteuer nicht nur eine bodenlose Frechheit sondern auch illegitim. Bestraft werden kann doch nur, wer auch schuldig gesprochen wurde. Wenn die Gemeinde frei von Schuld ist, sind es auch deren Einwohner und mithin die Treuesten davon, nämlich die Grundbesitzer. Die vermeintlich Schuldingen in Bund und Land indes werden von ihren **Parteikollegen aus den Kommunen** bei jeder Wahl hofiert, man wirbt sogar für sie und lädt sie unablässig ein statt sie vehement kritisiert.

In Bayern haben sich viele Bürgerinnen und Bürger ebenso gegen die **Straßenausbaubeiträge** gewendet wie die dort starken **Freien Wähler**. Und siehe da. Man wird die bisherige Regelung, die so manchen Anlieger schlichtweg in den Ruin treibt, abschaffen.

In dieser Konstellation (FWG + Bürger) wäre auch in Mandelbachtal viel mehr möglich!

2. Kulturhalle in Ormesheim

Sie ist das große Thema in der Gemeinde und im Gemeinderat. Leider ist sie auch Synonym für die Absurdität von Diskussionen. Die folgenden Ausführungen sind als Meinung eines Orts- und Gemeinderatsmitgliedes der Freien Wähler und nicht als deren kollektive Meinung zu verstehen. Meinungsfreiheit ist in der FWG, anders als bei Parteien mit ihren bekannten Fraktionszwängen, praktiziertes Grundrecht.

Die Daseinsberechtigung von Vereinen wird niemand ernsthaft in Frage stellen. Anders sieht es mit der Behauptung so mancher aus, sie seien *lebensnotwendig für das Leben im Dorfe*. Nicht jeder benötigt und nutzt das in Gemeinschaften gesellige, freiwillige Nachgehen eines Hobbys. Nicht jeder besucht Veranstaltungen von Vereinen. Wir leben in einem freien Land in dem ein Individualhobby nicht nachrangig einem Kollektivhobby zu bewerten ist.

Also muss die Frage erlaubt sein, warum der Steuerzahler und eine finanziell am Boden liegende Gemeinde Millionen für die einen in die Hand nehmen sollen und die anderen leer ausgehen?

Die Forderungen aus Ormesheim gehen inzwischen zu einer **Halle mit moderner Licht- und Beschallungstechnik**. Wir reden von einem Neubau für nur einen von acht Gemeindebezirken, ein Bau der einige Millionen kosten wird - die bei öffentlichen Bauten längst übliche Verteuerung noch nicht eingerechnet.

Schulen müssen sich rechnen, ansonsten drohen den Schülern lange Fahrten zur nächsten Schule. Rechnen sich Kulturhallen? Wie wäre es denn mit der Forderung nach einem Rathaus, einer Schule, einem Kindergarten, Ärzten, einer Bank, Post und einem Supermarkt in jedem Gemeindebezirk? Gehören diese Grundversorgungseinrichtungen etwa nicht zum täglichen Leben im Dorf?

Wo bleiben die bessere Anbindung der kleinen Dörfer, wo der öffentliche Nahverkehr und das schnelle Internet? Die einen machen sich Luxusgedanken über die Licht- und Beschallungstechnik die anderen richten Mitfahrerbänke für ältere Rathausbesucher ein. Mandelbachtal eben.

P. Hack